



## **Niederschrift**

13. Plenarsitzung des Gemeinderates  
28. Juli 2020, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Gartenhalle, Kongresszentrum  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

6.

### **Punkt 5 der Tagesordnung: Standort für das Forum Recht:**

**5.1 – zurückgezogen**

**5.2 Neue Prüfung von Standorten für das Forum Recht**

**Antrag: GRÜNE**

**Vorlage 2020/0647**

**5.3 Standort für das „Forum Recht“ überdenken**

**Ergänzungsantrag: FW|FÜR**

**Vorlage: 2020/0913**

**5.4 Standort für das Forum Recht**

**Änderungsantrag CDU**

**Vorlage: 2020/0924**

**5.5 Standort für das „Forum Recht“ überdenken**

**Ergänzungsantrag: KAL/Die PARTEI**

**Vorlage: 2020/0935**

### **Beschluss:**

Verwiesen in Fachausschuss

### **Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung:

Der Antrag von KAL/Die PARTEI unter 5.1 wurde zurückgezogen und durch einen entsprechen neuen Antrag ersetzt. Ich will jetzt zur Vorgeschichte gar nicht viel sagen. Wir hatten gestern schon besprochen, dass wir heute über die Anträge nochmal reden, weil es im Moment eine gewichtige Diskussion in der Stadtbevölkerung ist, dass wir es anschließend aber im Planungsausschuss im September aufrufen, dann gegebenenfalls eine neue Runde in den Gemeinderat mitmachen und es dann im Herbst zum Abschluss bringen.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Das geplante Forum Recht am Bundesgerichtshof beginnt mit einer Hinwegsetzung über bestehendes Recht. Im § 2 des Bundesnaturschutzgesetzes heißt es: Bei der Bewirtschaftung von Grundflächen im Eigentum oder Besitz der öffentlichen Hand sollen die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege in besonderer Weise berücksichtigt werden. Wir erwarten hier eine Vorbildfunktion der öffentlichen Hand und kein kaltschnäuziges Darüberhinwegsetzen. Das Forum Recht, Herr Oberbürgermeister, ist ein Elitenprojekt. Wenn breitere Teile der Bevölkerung dafür gewonnen werden sollen, muss sich die Informationspolitik zum Forum Recht radikal ändern. Und das würde unter anderem bedeuten, dass die Initiativen und Ideen, die es jetzt schon gibt, nicht als lästiges Querulamentum betrachtet werden. Und zum Schluss: Es wird jetzt höchste Zeit, dass im September dem Gemeinderat Raum und Zeit gegeben wird, das Thema in seinen Gremien zu behandeln.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Nur der Vollständigkeit halber: Der Antrag 5.1 ist zurückgezogen worden und wurde als Ergänzungsantrag zu unserem Antrag eingebracht. Aber jetzt zur Sache. Grundsätzlich ist klar, dass wir GRÜNEN auch weiterhin zum Forum Recht stehen. Es ist der gesamte Gemeinderat, der sich hier committet hat für dieses Thema und für diese Einrichtung. Aber wir GRÜNEN haben gleich zu Anfang, als der Beschluss 2018 gefasst war, einen Brief an Sie, Herr Oberbürgermeister, geschrieben, mit dem wir den Standort thematisiert und deutlich gemacht haben, dass sich hier ein kleiner Park befindet, der gesunde Stadtbäume aufweist, von denen zwölf sogar naturschutzrechtlich geschützt sind. Und wir haben damals schon darum gebeten, dass alternative Standorte geprüft werden. Wir haben dann genau vor einem Jahr, am 30. Juli 2019, erneut an Sie geschrieben und haben darum gebeten. Es wurde jedes Mal geantwortet, dass das auch der Wunsch des Bundesgerichtshofs sei. Allerdings muss man dazu sagen, dass der originäre Vorschlag für diesen Standort aus Karlsruhe kam und dann in das Stiftungsgesetz aufgenommen wurde. Wir haben viele bestehende Zielkonflikte mit zentralen Schutzgütern, die diesem Standort entgegenstehen. Das ist einmal der Naturschutz, aber auch der Klimaschutz, das Mikroklima, der Artenschutz und der Denkmalschutz. Das ist eine denkmalgeschützte Sacheinheit, das Palais mit dem Küchenbau und dem ganzen Garten. Das Stadtbild wird massiv betroffen sein, die Sichtachse, die erwähnt ist, die übrigens in der Antwort auf die Vorlage nochmals erwähnt wird.

Und was ich auch nochmal ansprechen möchte, es ist eine denkbar unglückliche Situation, Gerade die Umwelt- und Naturschutzverbände und viele Bürger und Bürgerinnen in Karlsruhe setzen sich dafür ein. Angesichts der Tatsache, dass gerade der Schutz von Bäumen, der Schutz von innerstädtischem Grün zentrale Aufgabenstellung von Bund, Land und Kommune sind, und man jetzt einen Standort, wo eine Planung besteht, nicht mehr prüft, ob es nicht eine Alternative dazu gibt, um eben genau diese Ziele, die wir verfolgen, auch mit dem Biodiversitätskonzept der Stadt, was jetzt umgesetzt werden soll. Insofern finden wir das sehr bedauerlich. Wir finden auch, da die Idee des Forum Recht aus Karlsruhe stammt, dass man keinerlei Scheu braucht, mit dem Bund in Verhandlungen zu gehen, sondern dass man nochmal mit dem Bund verhandeln kann. Insofern bitte ich darum, dass diese Standorte geprüft werden, und dass mit dem Bund verhandelt wird.

**Der Vorsitzende:** Frau Rastätter, ich würde Sie bitten, da langsam eine gewisse Unruhe aufkommt, Sie überziehen jedes Mal Ihre Redezeit massiv, dass Sie sich bitte versuchen einzuhalten.

(Vereinzelter Beifall)

Der Applaus ist jetzt auch nicht nötig. Wir wollen doch hier einigermaßen fair miteinander umgehen.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Wir haben als CDU nochmals einen Antrag gestellt, der umfassend ist. Er umfasst, insbesondere denkbare, adäquate Alternativstandorte im innerstädtischen Bereich zu prüfen. Wir heißen im Beinamen Karlsruhe – Die Residenz des Rechts. Mit dem Sitz des Bundesverfassungsgerichts, eines der höchsten Verfassungsorgane unseres Landes, dem Bundesgerichtshof und dem Generalbundesanwalt sind wir die Stadt, in der naturgemäß das Forum Recht nur beheimatet sein kann. Wenn nicht in Karlsruhe, wo dann? Denn ansonsten dürften wir nicht mehr Residenz des Rechts heißen. Als CDU hoffen wir, dass sich diese Projekt realisieren lässt, da wir es im Gegensatz zu anderen, die es als Eliteprojekt sehen, als einen sehr wesentlichen und wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Verständnisses der Bürgerinnen und Bürger, der Schülerinnen und Schüler, der Allgemeinheit über unseren Rechtsstaat sehen. Das Forum soll Rechtsgeschichte, Rechtsentwicklung und das Recht selbst erlebbar machen. Genau so die Berufe, die mit der Ausübung des Rechts befasst sind.

Gerade deshalb sollte dieses Projekt auch an einer exponierten Stelle errichtet werden. Beim derzeitigen Standort - da haben wir auch die Kritik aus der Bürgerschaft ernstgenommen - sind viele Diskussionen offen. Und wir sehen auch einen Punkt, unabhängig vom Baumbestand vom Park, der betroffen ist, darin, dass der Bundesgerichtshof im Palais durch eine große Bebauung vorne in eine Art Hinterhofbebauung rücken könnte. Das passt nicht zur Stellung des Bundesgerichtshofs.

Daher hoffen wir, dass in einer weiteren eingehenden Prüfung, ein Standort seitens der Stadt an den Bund angeboten werden kann, der dann das Stiftungsgesetz ändern kann. Ein Standort, der idealerweise in die Residenz des Rechts passt und von den Bürgerinnen und Bürgern auch mitgetragen wird.

**Stadtrat Marvi (SPD):** In der Tat werden viele kritische Gespräche geführt. Auch mit Persönlichkeiten, die diesen Standort sehr kritisch sehen. Was ich in den Gesprächen und öffentlichen Debatten gut finde ist, dass es eine sehr große Einigkeit gibt, dass das Forum Recht von überragender Bedeutung für die Stadt Karlsruhe ist, dass es eine große Chance ist, diesen Rechtsstandort auf Jahrzehnte zu stärken. Das eint uns im Gemeinderat, auch mit der Initiative die sich hier engagiert.

Frau Dogan hat gerade das Stichwort genannt: exponierter Standort. Auch hier habe ich einen breiten Konsens gesehen, dass wir natürlich eine räumliche Nähe zu den Gerichten haben müssen, und dass wir eine repräsentative Umgebung für diese Forum Recht schaffen müssen. Mag sein, dass es auch welche gibt, die Forderungen gestellt haben, allerdings noch ohne Lösung, die sich ganz andere Standorte vorstellen können. Wir können uns nur einen ganz exponierten Standort im Zentrum unserer Stadt für das Forum Recht vorstellen. Ich will gar nicht auf der Tatsache herumreiten, dass der Standort bereits im sogenannten Stiftungsgesetz – ein Bundesgesetz – steht. Gesetze sind, wie wir alle wissen, auch veränderbar, auch Bundesgesetze. Ich will auch nicht auf dem Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2018 herumreiten, den wir hier gefasst haben. Wir nehmen natürlich die genannten städtebaulichen Argumente und ökologischen Kriterien sehr ernst, die auch von der Initiative betont werden. Und es wird in keinem Fall

irgendwo in dieser Stadt einen Idealstandort geben, der allen Kriterien genügen kann. Da es uns aber nicht darum geht, irgendwelche Blumentöpfe, Siegertöpfe oder sonst was hier zu erwerben, sondern die Sachen einfach nüchtern sehen, will ich das einmal in der Klarheit sagen: Wir sehen auch nach diesen zahlreichen Gesprächen und Recherchen keinen realistischen alternativen Standort zum bisher vorgeschlagenen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass einige Fraktionen, auch die CDU, alle nochmals auf die Suche und die Prüfung schicken wollen. Das kann man alles tun. Allerdings macht eine Prüfung nur dann richtig Sinn, wenn es auch was zum prüfen gibt. Von daher sind wir gespannt auf das, was herauskommt.

Und eines will ich zum Schluss auch sagen: Wir müssten bei all diesen Diskussionen, die auch draußen ankommen, die auch in Berlin ankommen und überall ein bisschen aufpassen, dass nicht der Eindruck entstehen könnte, die Stadt weiß auch nicht was sie will. Was wir auf jeden Fall in dieser ganzen Debatte auch vermeiden wollen, wäre ein Ansehensverlust oder gar eine Blamage für unsere Stadt Karlsruhe.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Seit einem Jahr haben wir im Karlsruher Gemeinderat eine neue GRÜNE-Fraktion. Selbstverständlich hat diese Fraktion, wie wir, eigene Meinungen. Dafür sind sie und dafür sind wir gewählt. Die Besonderheit mit dieser neuen GRÜNEN-Fraktion haben wir in vielen Gremien dieses Jahr erlebt. Nicht nur ist diese neue GRÜNE-Fraktion unglaublich selbstbewusst. Selbstbewusstsein ist keine schlechte Eigenschaft in der Politik. Aber leider ist diese neue GRÜNE-Fraktion auch sehr arrogant unserem Gemeinderat gegenüber. Man hat den Eindruck, dass die Welt erst angefangen hat, als diese Fraktion gewählt war. Was wir anderen im Gemeinderat vorher gemacht haben, ist nicht nur uninteressant, sondern eigentlich ganz irrelevant.

Der Antrag für Forum Recht ist eine deutliche Illustration dieser Haltung. Der Gemeinderat hat mit großer Mehrheit am 23. Januar 2018 der Resolution für das Forum Recht zugestimmt. Die Machbarkeitsstudie wurde in enger Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt der Stadt Karlsruhe, der unteren Denkmalbehörde und dem Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart erstellt. Egal, sagt die neue GRÜNE-Fraktion. Das war vor unserer Zeit, also muss es geändert werden. Man hat andere Standorte vorgeschlagen. Die Verwaltung hat deutlich argumentiert, dass diese anderen Standorte nicht möglich sind. Die Auslobung des Architektenwettbewerbs ist noch nicht erstellt. In dieser Auslobung werden sämtliche Einwendungen von den GRÜNEN geprüft. Trotz dieser Realität und dem Verlauf, erlaubt sich die neue GRÜNE-Fraktion sogar Rügen zu verteilen. Ich zitiere so eine Rüge: Wir GRÜNEN halten es für einen gravierendes Versäumnis, dass die Prüfung vom alternativen Standort bislang nicht ernsthaft angegangen wurde. Und später über die Verhandlungen mit dem Bund noch eine Rüge: Es ist schade, dass dies nicht von Anfang an versucht wurde. Das waren alles Amateure vor diesen neuen GRÜNEN. Man wirft sogar der Verwaltung vor, die zusätzlichen Stadtbäume entlang der Kriegsstraße manipulierend zu benutzen. Zitat: Dieser Ausgleich kann nicht mehrfach für unterschiedliche Vorhaben angerechnet werden. Also hat die Verwaltung manipuliert.

Forum Recht wird ein großes und wichtiges Projekt in Karlsruhe. Wir brauchen uns nicht entschuldigen, dass wir angefangen haben, bevor die neue GRÜNEN-Fraktion gewählt wurde. Aber nur wegen Ihnen wäre es schade, wieder von vorne anzufangen. Der letzte Teil des GRÜNEN-Antrag ist dann eine arrogante Belehrung an uns alle. Wie eine positive Debattenkultur zu verstehen ist, dass wäre bestimmt ein gutes Thema für das Forum Recht. Dieser Antrag wäre gut geeignet als Unterrichtsmaterial für Debattenkultur.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Über die Frage, ob es eine gute Idee ist, das Recht ins Museum zu verfrachten, kann man geteilter Meinung sein. Der Bundestag hat entschieden, das Forum Recht als Museum für die Rechtsprechung, für die Justiz in Deutschland einzurichten. Und wir von der Karlsruher AfD sind froh, dass er sich für Karlsruhe als Standort entschieden hat.

Wenn man jetzt den Begriff Subsidiarität nachschaut, dann findet man auf der Homepage der Bundesregierung eine gute Erklärung, ich zitiere: Subsidiarität bedeutet, dass öffentliche Aufgaben möglichst bürgernah geregelt werden sollen. Probleme sollen auf der niedrigsten politischen Ebene gelöst werden. In Deutschland sind das die Kommunen. Das heißt für uns, der Bundestag kann entscheiden, dass das Forum Recht hier in Karlsruhe eingerichtet wird. Aber aus unserer Sicht müssen wir Karlsruher entscheiden, wo der beste Platz dafür ist. Und deswegen sind wir mit meinen Vorrednern, mit Ausnahme der SPD, einer Meinung, dass der Standort nochmal eingehend geprüft werden soll. Und dass ein alternativer Standort besser wäre, als der jetzt vorgesehene. Deswegen werden wir allen Anträgen, die hier zur Debatte stehen, zustimmen.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Von den Vorgängern ist bereits vieles gesagt worden. Auch wir als LINKE. lehnen den derzeitigen Standort ab. Das ist auch wirklich bedauerlich, dass sich die Standortwahl viel zu früh auf diesen derzeitigen Standort verengt hat. Das Forum Recht an dieser Stelle verkennt, dass wir dort eben schon ein Kleinod haben. Nämlich eine historische Parkanlage und ein historisches Ensemble. Es braucht Grünflächen und Vegetation in der Stadt. Gerade in der super engen und super dicht bebauten Innenstadt. Das brauchen die Bewohnerinnen und Bewohner. Da jetzt noch eine Parkfläche zu opfern, sehen wir nicht als sinnvoll an. Vor allem, wenn man bedenkt, dass unsere Städte eine bedeutende Rolle haben als Rückzugsort für viele Tierarten, die aus unseren intensiv genutzten Landschaften verdrängt werden. Auf dem Planungsgebiet findet man zum Beispiel streng geschützte Zwergfledermäuse.

Ich finde es auch schwierig, von einer fehlenden baulichen Fassung an diesem Ort zu sprechen. Und dann an dem Ort auf das dort ehemals stehende Karlstor zu verweisen. Denn das hatte ein deutlich geringeres Bauvolumen als alle Vorschläge, die jetzt visualisiert werden. Man muss auch die Situation in der Herrenstraße bedenken, die an dieser Stelle sehr eng ist und nun wirklich nicht durch ein weiteres Gebäude eingezwängt werden muss. Auch eine Tiefgaragenausfahrt an dieser Stelle und damit Verkehrssicherheitsschwierigkeiten ist definitiv abzulehnen. Es ist auch wichtig, dass wir jetzt diese Standortfrage klären, damit dieser Architekturwettbewerb nicht beginnt, bevor dies gemacht worden ist. Die Entscheidung über diesen Standort liegt auch nicht beim Bundestag, sondern es ist die kommunale Ebene, die dort Planungsrecht schaffen muss.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** „Drum prüfe, wer sich ewig bindet, ob sich noch ein besserer Standort findet.“ Auch wir von FW|FÜR stehen hinter dem Konzept der Einrichtung eines Forums Recht in Karlsruhe – wo sonst? Wir schließen uns allerdings der Meinung der Kollegen an und sind der Auffassung, dass zuvor eine Prüfung von Vorschlägen alternativer Standorte erfolgen sollte und die Argumente der Bürgervereine, Arbeitsgemeinschaften und ökologische Aspekte nicht einfach übergangen werden sollten. Denn dann wird es keine Liebesheirat.

Dass der Gesetzgeber die Auffassung vertritt, das Forum Recht müsse in unmittelbarer Nähe zum Bundesgerichtshof errichtet werden, nehmen wir zu Kenntnis. Allerdings liegt der Gesetz-

geber auch ab und an falsch in seiner Auffassung, wie es die Praxis immer mal wieder zeigt. Daher bitten wir die Verwaltung, alternative Standorte für das Forum Recht zu prüfen. Und zwar objektiv zu prüfen und nicht der Einfachheit halber zu sagen, da geht es nicht und da geht es nicht. Es sind verschiedene Standortvorschläge gefallen. In der Stadt befinden wir uns aktuell in einem großen Umbruch und zwar nicht nur am Rondellplatz oder im städtebaulichen Entwicklungsprozess am Ettlinger Tor. Ich bin mir sicher, dass mit der Fertigstellung der Kombilösung auch einige große Immobilien auf repräsentativer Kaiserstraße frei werden. Vielleicht könnte das Forum Recht in Bälde in Karstadt Sport oder den C & A ziehen in Bälde. Wir werden sehen.

Daher nochmal von unserer Seite auch die Bitte, alternative Standorte zu prüfen und die Standortproblematik mit dem Bund zu erörtern.

**Der Vorsitzende:** Es kommt selten vor, aber ich muss der breiten Mehrheit hier in verschiedenen Punkten massiv und deutlich widersprechen. Der Gesetzgeber, der Bundestag, ist deshalb zu diesem Standort gekommen, weil er irgendwelche Meinungen der Stadt – subsidiär oder nicht – nicht akzeptieren würde, sondern weil es quasi ein innewohnender Bestandteil der Konzeption war, dass man dieses historische Saalgebäude, in dem die Spionageprozesse stattgefunden haben, als Teil dieses neuen Forum Rechts mit einbezieht. Bei der Würdigung dieser von Bürgerinnen und Bürgern, ob Elite oder nicht, vorgelegten und auch entwickelten Konzeption hat auch eine große Rolle gespielt, dass man die Besucherinnen und Besucher des Bundesgerichtshofs, des Bundesverfassungsgerichts und viele andere mehr hier mit einbeziehen möchte. Und dass man auch das Rechtshistorische Museum ein Stückweit als Ausgangspunkt nimmt. Herr Professor Hüter vom Haus der Geschichte als bundesweit anerkannter Fachmann hat sich speziell zu diesem Standort auch dahingehend geäußert, dass die auratische Qualität des historischen Ortes hier von außerordentlicher Wichtigkeit ist, um überhaupt dieses Konzept zu akzeptieren.

Wenn Sie jetzt zu diesem Ergebnis kämen, die Stadt Karlsruhe muss alles versuchen, dass man diesen Standort verhindert – warum das so ist, werde ich ihnen nachher auch noch erklären –, dann brechen Sie aus dieser Grundkonzeption ein ganz wesentliches Element heraus. Und auch als wir bei der Resolution dabei waren, war immer klar, dass dieser Standort gemeint ist. Unser Bundestagsabgeordneter Ingo Wellenreuther hat in seiner Argumentation im Bundestag für dieses Stiftungsgesetz ausdrücklich diesen Standort als elementaren Bestandteil dieses Konzepts und dieses Forums Recht bezeichnet. Insofern stimmen alle Aussagen nicht, die da heißen, der Bund hat irgendwas beschlossen und wir können nun entscheiden, wo es hinkommt, sondern wir stellen damit ein wesentliches Element der Konzeption infrage. Natürlich haben wir vorher Natur- und Artenschutz, Denkmalschutz, wir haben alle diese Dinge abgeklärt. Es gibt keine Probleme, die nicht überwindbar wären. Insbesondere der Denkmalschutz hat gesagt, die Fontalfassade muss freigehalten werden, aber an dieser Ecke gibt es keine Bedenken. Das muss man auch mal akzeptieren. Ob das einem aus der eigenen historischen Betrachtung heraus passt oder nicht.

Dann wird hier immer von einer Gartenanlage gesprochen. Jetzt schauen wir uns doch mal die rechtliche Situation an. Es ist im Flächennutzungsplan eine gemischte Baufläche. Diese gemischte Baufläche gehört dem Bund und dem Land. Und beide sind bereit, an dieser Stelle zu bauen. Es könnte sein, dass beide mit einem Wunsch an uns herantreten, nach § 34 zu bauen. Genauso wie das bei dem Ostgebäude auf dem Gelände war, beim Nordgebäude und beim Empfangsge-

bäude. Da haben alle diese Maßstäbe, die Sie hier anlegen, von Parkanlage usw. keine Rolle gespielt. Es war ein Grund im Besitz des Bundes, es ist quasi eine mögliche Erweiterungsfläche für den BGH. Es ist nach § 34 genehmigt geworden, weil es eine gemischte Baufläche und keine Grünanlage ist. Wir empfehlen trotzdem den Weg über einen Bebauungsplan. Aber ich kann Ihnen nicht mal garantieren, dass das nicht auch über § 34 geht. Damit müssen wir uns auseinander setzen. Wir haben vor einigen Wochen das Anschreiben der Kuratoriumsvorsitzenden, der Präsidentin des BGH – Frau Limperg - bekommen, dass sie von der Stadt in absehbarer Zeit wissen möchte, wie das planungsrechtlich funktioniert. Das geht über einen Bebauungsplan, das geht vielleicht sogar nach § 34.

Das heißt, es geht am Ende vielleicht nicht darum, ob wir entscheiden, wo es hinkommt, sondern Sie müssen quasi per politischem Beschluss möglicherweise eine Genehmigung verhindern wollen, die wir gar verhindern können nach § 34. Das ist die Situation. Sie können einen Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplan ablehnen. Aber wie soll ich das dann erklären. Bitte sagen Sie mir das.

Dann sind eine Reihe von Alternativstandorten genannt worden. Zwei der drei bisher genannten Alternativstandorte gehören uns nicht. Bei einem wären wir gerne Besitzer, das ist der Rondellplatz. Da müsste ich jetzt weiter ausführen. Das KIT hat schon abgewinkt, das Land hat schon abgewinkt, damit ist der Schlossplatz außen vor. Wir können noch über das Ettlinger Tor diskutieren. Ich will nur deutliche machen: Es geht um mehr, als einfach nur ein Gesetz zu ändern. Es geht um einen elementaren Bestandteil. Wir haben zeitweise das Problem gehabt in Berlin, als diese Krawalle in Chemnitz waren usw., da gab es plötzlich eine Horizontverschiebung im Bundestag. Wir haben Mühe gehabt, dass Karlsruhe im Konvoi mit Leipzig überhaupt noch aufgenommen wurde, und dass man nicht einfach gesagt hat, wir hauen das alles in den Osten, da ist es vielleicht noch viel nötiger.

Das sind die Rahmenbedingungen. Und dann überlegen Sie bitte, ob Sie mit der Argumentation historischer Park, für Natur- und Artenschutz von besonderer Bedeutung usw. in dieser Weise Ihre Forderung aufrechterhalten wollen. Das überlegen Sie sich bitte nochmal in aller Ruhe. Wir werden es im Planungsausschuss im September nochmal ausführlich durchdiskutieren. Ich bin auch bereit, jeden Alternativstandort durchzuprüfen, nur Sie müssen wissen, welche Grundkonstruktion Sie hier in Frage stellen. Ich werde bei jeder Kuratoriumssitzung von irgendeinem Bundespolitiker, ob das Frau Künast ist oder wer auch immer gefragt, wollt ihr das überhaupt noch? Nach alledem, was ich in der Zeitung lese, scheint es mehr um Bäume zu gehen und um sonstwas, aber nicht um das Forum Recht. Das ist der Eindruck, der im Moment nach außen zum Tragen kommt. Das müssen Sie einfach wissen. Deswegen danke ich für eine qualifizierte Diskussion nochmal im Planungsausschuss. Dann wird das hier im Gemeinderat im Herbst zur Entscheidung kommen, weil nämlich auch die andere Seite wissen will, auf was sie hier an dieser Stelle setzen kann und auf was nicht.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Herzlichen Dank für diese Ausführungen. Aber genau das ist der Punkt, um den es den vielen Mitdenkenden und in dieser Stadt Mitverantwortung tragenden geht. Ich möchte denen auch ausdrücklich danken für ihre Diskussionsbeiträge. Was jetzt Not tut, das ist auch mit ein Hintergrund unseres Änderungsantrags, ist genau das, was Sie angekündigt haben. Eine breite Information über die Fakten und auch über die immer diskutierten Phantomalternativen. Das muss jetzt einmal von profunder Seite aus klargestellt werden. Ich

glaube, dann wird die Diskussion richtig kanalisiert. Die CDU-Fraktion hat jedenfalls keinen Zweifel daran, dass für sie dieses Projekt eine sehr, sehr hohe Priorität hat.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Wir haben unsere Standpunkte ausgetauscht und werden dann im Herbst zu einer Entscheidung kommen.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
19. August 2020